

Volksabstimmung vom 28. MaiWir sagen Nein zur unsozialen Brotpreiserhöhung

(tr) In den letzten Jahren folgt eine "Sparübung" beim Bund auf die andere, weitgehend auf dem Buckel der sozial Schwachen und Schwächsten. Erinnert sei etwa an die massiven Kürzungen der Bundesbeiträge bei der AHV und den Krankenkassen im Jahre 1975, an die Einsparungen, die man durch das "Sparpaket" vom Mai 1977 unter anderem bei der Tuberkulosebekämpfung und der Bekämpfung rheumatischer Krankheiten, bei der Krankenversicherung, bei den Alters- und Invalidenwohnungen vorgenommen hat. Viele Krankenversicherte werden erst jetzt realisieren, was sie mit der Annahme des "Sparpaketes" in der Volksabstimmung vom Dezember letzten Jahres bewirkten, nämlich eine Einfrierung der Subventionen auf einen ohnehin reduzierten Stand mit der Folge, dass die Kostensteigerungen jetzt und in Zukunft einfach auf die Versicherten abgewälzt werden.

Nach Ablehnung des Finanzpakets vom 12. Juni 1977 hat der Bundesrat neue Massnahmen zum Abbau des Bundesdefizits vorgeschlagen, die in der Herbstsession 1977 verabschiedet wurden. Dazu gehört neben der Verteuerung von Butter, Margarine, Speiseöl und Speisefett (was nicht referendumpflichtig ist) auch ein Abbau der Brotverbilligung. Diesbezüglich erklärte SGB-Vizepräsident Dr. Richard Müller anlässlich der Ausschuss-Sitzung vom 3. April:

"Das Gesetz zur Aenderung des Zolltarifs bringt eine Heraufsetzung des Zollzuschlages auf Importgetreide von 3 auf 28 Franken pro hundert Kilo oder um mehr als 830 %. Das steht nach meiner Auffassung im krasen Widerspruch zu Artikel 29 der Bundesverfassung, der sagt, dass die zum nötigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände möglichst gering zu taxieren seien. Davon kann bei einer derart massiven Zollerhöhung keine Rede mehr sein.

Im wahrsten Sinne des Wortes wird damit dem Volke der Brotkorb höher gehängt.

Die Argumente, dass die Belastung mit 10 Rappen mehr pro Kilo nur gering sei, dass das Brot heute nicht mehr Hauptnahrungsmittel sei, können wir nicht akzeptieren. Gerade für die ärmeren Schichten, für kinderreiche Familien hat das Brot als Nahrungsmittel noch wesentliche Bedeutung."

Die Sozialdemokratische Partei hat gegen diese indirekte Brotpreiserhöhung, die den Bund um etwa 120 Millionen Franken jährlich entlasten soll, das Referendum ergriffen. "Mir scheint sinnvoller", sagte Richard Müller vor dem SGB-Ausschuss, "dass man statt das Volk zu belasten, die Löcher durch Mehreinnahmen stopft, beispielsweise durch Erhöhung der Verrechnungssteuer und Unterstellung der Treuhandgeschäfte, die heute verrechnungssteuerfrei sind und die einen Umfang von rund 60 Milliarden ausmachen. Es ist überhaupt paradox, dass in einem Land wie die Schweiz, wo wahrscheinlich auf den Quadratmeter die grösste Zahl von Millionären und Multimillionären in Europa und der Welt kommt, wo die Banken traumhafte Geschäfte machen, so dass die Kreditanstalt einen Verlust von über 1 Milliarde mit einem Wimpernzucken abtun kann, der Staat dazu verdammt ist, um einige Millionen zu betteln."

Der Ausschuss des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes hat die Aenderung des Zolllarifgesetzes und die damit verbundene Brotpreiserhöhung einstimmig abgelehnt. Es geht darum, ein klares Zeichen zu setzen, dass wir die Politik jener Kreise zurückweisen, die den minderbemittelten Volksgruppen immer mehr Bürden auferlegen wollen, die "Grossen" aber schonen.

13.4.1978

gk